

Kurzprotokoll

Tagung der

**Bundesarbeitsgemeinschaft Energie
von Bündnis 90/Die Grünen**

Düsseldorf, 04. - 06. Juli 2014

Inhaltsverzeichnis

1Schwerpunkt NRW.....	2
2Schwerpunkt Energieeffizienz.....	2
3Schlaglicht Fracking.....	3
4Schlaglicht Endlagerkommission (Julia Verlinden).....	3
5Schlaglicht IPCC-Bericht (Prof. Dr. Fishedick).....	3
6Kohleausstieg.....	4
7EEG-Novelle.....	4
8Energiewende-Fonds.....	5
9Nächstes Treffen.....	5

1 Schwerpunkt NRW

Garzweiler wurde verkleinert, letzte Umsiedlungen bis 2027

Datteln konnte wegen Koalitionsvertrag nicht verhindert werden, Klagen von BUND oder RWE (je nach Ausgang BimSch-Verfahren, also immissionsrechtliche und wasserschutzrechtliche Genehmigung) noch möglich.

Landesentwicklungsplan wird novelliert, in ca. 6 Monaten verabschiedet. Für neue fossile Kraftwerke gilt dann ein Wirkungsgrad von 58%.

Kohle in NRW: 70% (versus 40% im Bund), EE in NRW: 8,5% (versus 25% im Bund). Ziele im Koalitionsvertrag festgeschrieben: Verfünfachung Windenergie, bis 2025 in NRW 30% EE-Strom.

Potentialanalysen EE für Kommunen wurden gemacht, Energieagentur und Effizienzagentur wurden eingerichtet, mit Smart Grid wird auf kommunaler Ebene experimentiert.

Im Klimaschutzgesetz sind Planung, Monitoring und Weiterentwicklung der Klimaschutzmaßnahmen alle 5 Jahre festgeschrieben. 100% Transparenz: alle Vorschläge, Protokolle etc. stehen online. Zeitplan: Kabinettsbeschluss über die vorgeschlagenen Maßnahmen im Oktober.

2 Schwerpunkt Energieeffizienz

Input durch Dr. Thomas (Wuppertal-Institut) und Dr. Julia Verlinden (MdB)

Energieeffizienz und -einsparung sind zentraler Bestandteil der Energiewende, aus mannigfachen Gründen sinnvoll (CO₂-Emissionen, Peak Oil, Importabhängigkeit). Mangelnde Umsetzung wegen widersprüchlicher Anreize, fehlender Mittel, zu langer Amortisationszeiten, Rebound-Effekten, komplexer Rechtslage auf EU-Ebene. Über Fördern, Fordern, Informieren wäre mehr möglich, auch ordnungsrechtliche Maßnahmen (bspw. verpflichtendes Energiemanagement, Verbrauchshöchst-

grenzen) denkbar; politischer Wille, Verbündete, Informationen in der öffentlichen Verwaltung und Anschubfinanzierung fehlen.

3 Schlaglicht Fracking

Anfang Mai gab es einen Umweltminister-Beschluss gegen Fracking – allerdings nur Schiefergas. Die fossile Industrie macht Druck, weil das Moratorium auch das konventionelle Fracking betrifft. Hendricks und Gabriel wollen Fracking für unkonventionelle Lagerstätten grundsätzlich erlauben, nur oberhalb von 3000 m verbieten. Wir (Grüne) brauchen Fracking und andere neue fossile Quellen grundsätzlich nicht; schon konventionelle Brennstoffe müssen zur Erreichung der Klimaziele zu ca. 75% in der Erde bleiben. Eine Strategie ist, das Bergrecht entsprechend zu ändern (Antrag der Bundestagsfraktion), eine andere, über das Wasserhaushaltsrecht im Bundesland Fracking auszuhebeln (LEP NRW).

In der „Korbacher Erklärung“ haben verschiedene Anti-Fracking-Initiativen eine Resolution verabschiedet: <http://www.resolution-korbach.org/project/unterst-aus-de.php>.

Zur fachlichen Weiterbildung: Vortrag Dr. Bukold, zu finden unter <http://tinyurl.com/nkvmrv2>

4 Schlaglicht Endlagerkommission (Julia Verlinden)

Nach zwei Tagungsterminen wurde ein Entwurf für Geschäftsordnung verfasst (noch nicht verabschiedet), nach der die PolitikerInnen doch mitstimmen dürfen – nur beim Abschlussbericht nicht. Seitens der Umweltverbände ist jetzt der BUND dabei. Die Sitzungen sind öffentlich, nur Anmeldung über die Bundestagsverwaltung erforderlich, die Protokolle sind im Internet verfügbar.

Vieles ist noch unklar: wie sollen Anhörungen von internationalen Wissenschaftlern erfolgen? Ist ein Besuch der Asse sinnvoll? Wie kann der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern geführt werden? Dürfen Gutachten an Institute der Kommissionsmitglieder vergeben werden?

Nächster Sitzungstermin: 08. September.

5 Schlaglicht IPCC-Bericht (Prof. Dr. Fishedick)

Prof. Fishedick war an der Working Group III (Klimaschutzmaßnahmen) des IPCC-Berichts beteiligt.

Zentrale Ergebnisse:

- Treibhausgas-Emissionen steigen (trotz Wirtschaftskrise)
- 75% Emissionen aus Energieversorgung, Gebäude weltweit betrachtet geringer Anteil
- 1200 Szenarien erstellt; riesige Bandbreite an Emissionspfaden. Die Szenarien enthalten keine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen sondern folgen einer Wenn-Dann-Herangehensweise.
- Temperaturanstieg bis 2100 ca. 3 - 5°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit, falls keine Maßnahmen zur Reduktion von THG-Emissionen getroffen werden

- zur Erreichung des 2 °C-Ziels (entspricht CO₂-Gehalt < 450 ppm) Emissionsminderung um 40 – 70 % (bezogen auf 2010) nötig.

Zusammenfassung

- Das +2°C-Ziel ist noch einhaltbar, wenn unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden
- Die Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele kostet nicht die Welt, je später man beginnt, desto teurer wird es aber. Klimaschutz stellt bestehende Geschäftsmodelle auf den Prüfstand
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind Hauptträger einer Klimaschutzstrategie. Potential der Erneuerbaren wird in den älteren Studien unterschätzt (Preisrückgang PV!)
- Klimaschutz erfordert einen kooperativen Ansatz und Vorreiterallianzen

6 Kohleausstieg

Brainstorming: Wir haben 2017 die absolute Mehrheit erreicht und beschließen sofort den Kohleausstieg – was fällt uns am Morgen nach der Party ein?

Hindernisse, Hemmschuhe, Versäumnisse:

- Netzausbau reicht nicht
- Ausbau Erneuerbarer reicht nicht
- Energiewirtschaft sabotiert das Vorhaben wo es nur geht
- Menschen werden arbeitslos, IG BCE macht den Aufstand
- Pensionsfonds, Versicherungen verlieren Kapital, können Verträge nicht bedienen

Anzupacken:

- Verbündete suchen und gewinnen
- Ausbau Erneuerbarer forcieren, Grüne EEG-Novelle
- Strukturwandel sinnvoll gestalten, Kohlemitarbeiter umschulen
- Geldanlagen sinnvoll umschichten, Altlastenfonds für Fossile
- Kommunale Wärmepläne

7 EEG-Novelle

Was ändert sich kurzfristig?

Ausbaukorridor für alle EE, verpflichtende Direktvermarktung mindestens mittelfristig für alle EE, Sonnensteuer, Referenzertragsmodell, keine Vergütung bei negativen Börsenpreisen

Was ist für die Zukunft angelegt:

Ausschreibungen: ab spätestens 2017 für alle EE, ggf. mit fixer Marktprämie.

Was sind die Folgen?

Mehr fossiler Strom, Ausbremsen Wind und Biomasse, weniger Bürgerenergie, teurerer EE-Strom

Wie konnte es dazu kommen?

Mehr Medienpräsenz und mehr Einfluss von EnergiewendegegnerInnen, Kostendebatte, Klimaschutz spielt keine Rolle (mehr), kein Einfluss von Forschungsinstituten und Umweltverbänden auf GroKo und EE-Politik. Bundesregierung war nur an Industrieprivilegien interessiert. Auf EU-Ebene massives Lobbying gegen EE.

Was tun?

Boden bereiten für bessere EE-Politik: Konflikte thematisieren (z.B. Kohleausstieg), Aktivitäten mit NGOs aktivieren, bessere Konzepte aufzeigen. Markt, wo er hilft - „Bürger bauen besser“, differenzierte Kosten-Nutzen-Betrachtung, Zielediskussion

8 Energiewende-Fonds

„Altschuldenfonds“ (Töpfer, Aigner) findet auch AnhängerInnen im Umweltbereich. Einnahmen sollen wahlweise aus Bundeshaushalt, Krediten, Sonnensteuer, Verlängerung der Laufzeit der EEG-Umlage stammen.

Kritische Diskussion:

ethische und rechtliche Fragen, Kosten- versus Verteilungsproblem, Senkung der Strompreise setzt keinen Anreiz für Effizienz, Zinsen sorgen für Mehrkosten, die KapitaleignerInnen einstreichen

9 Nächstes Treffen

Kassel, 24. - 26. Oktober.

Protokoll erstellt aus Mitschrift von Werner Weindorf, Notizen von Georg Kössler u. Jutta Paulus